



Positionierten sich im Gespräch mit NDR-Mann Carsten Rauterberg (2.v.r.) klar für eine Zukunft der Kernenergie: (v.l.) Michael Züfle (Vattenfall Europe Nuclear Energy), FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan sowie Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette (CDU).  
Foto: Behrendt

# Kernenergie soll Zukunft haben

Minister Marnette hat keine Berührungsängste in Sachen Kernkraftwerks-Neubau

Von Michael Behrendt

**Brunsbüttel** – Wer das Thema Klimaschutz ernst nehmen will, der muss sich auch mit den Neubau von Kernkraftwerken auseinandersetzen. Davon, und dass dieses Thema vor diesem Hintergrund zwangsläufig aufs politische Tableau kommen wird, ist Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette (CDU) überzeugt. Bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Zukunft: Kernenergie“ am Dienstagabend im Elbeforum machte Marnette deutlich: „Es darf keine Denkverbote geben.“

Rings herum in der europäischen Nachbarschaft stehen Kernkraftwerke mit teils identischer Technik – jedoch doppelt so langer Laufzeit. „Warum kann ein solches Kraftwerk in Deutschland nur 32 Jahre betrieben werden, während in der Schweiz, Frankreich oder den Niederlanden Laufzeiten von 50 bis 60 Jahren genehmigt werden?“, fragte sich nicht nur Ernst Michael Züfle, Technischer Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung von Vattenfall Europe Nuclear Energy (VENE). „Diese Frage ist berechtigt gestellt“, sprang ihm die FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan bei, in deren Wahlkreis das Kernkraftwerk Krümmel steht. Marnette ging sogar einen Schritt weiter: „Es wird der Tag kommen, an dem auch wir über den Neubau von Kernkraftwerken sprechen werden.“ Davon sei er überzeugt und er stehe auch dazu – selbst wenn es anderslautende Parteitagebeschlüsse gebe. Das Denken lasse er sich davon nicht verbieten.

Wie Happach-Kasan setzt

Marnette auf einen verlässlichen Energiemix, sichergestellt durch den Ausbau der Windenergie, den Neubau von modernen Kohlekraftwerken als Ersatz für alte Kraftwerke und den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken. Deren Beitrag zum Klimaschutz sei nicht von der Hand zu weisen. Bis zu 150 Millionen Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> werde schließlich durch Kernkraftwerke eingespart. „Wir müssen wegkommen von einer ideologisch geprägten Energiepolitik“, mahnte der Minister, der zudem forderte, die Forschung im Bereich Kernenergie wieder aufzunehmen – da sei viel wertvolle Zeit verloren gegangen. In Sachen Kernkraftwerksneubau habe er „keine Berührungsängste“, der erste Schritt müsse jedoch die Laufzeitverlängerung sein.

Auch Happach-Kasan forderte, in die Forschung zu investieren, um auf der internationalen Bühne wieder aufzuholen. Weniger vorstellen kann sie sich, dass die Politik quasi einen „Vorratsbeschluss“ fasst, der den Weg zu Kernkraftwerksneubauten ebnet. Viel mehr müsse vonseiten der Kraftwerksbetreiber ein entsprechender Antrag kommen – „und ich kann im Augenblick nicht erkennen, dass es ein Unternehmen gibt, dass ein Kraftwerk neu bauen will“. „Für uns stellt sich die Frage in Deutschland nicht“, entgegnete Züfle eben vor dem Hintergrund des Atomgesetzes, für das er sich eine Wende nach der Bundestagswahl im Herbst verspricht.

Darauf hofft auch Brunsbüttels CDU-Fraktionschef Andreas Wohlert, der Happach-Kasan nach gut zweistündiger Diskussion mit auf den Weg gab, das Thema nach dem Regie-



Die von den Ortsverbänden von CDU und FDP veranstaltete Podiumsdiskussion stieß auf ein großes Interesse – Befürworter der Kernenergie waren deutlich in der Überzahl.

rungswechsel schnell anzugehen – „nicht, dass ausgerechnet Brunsbüttel als erstes und zugleich letztes Kraftwerk vom Netz geht“ (siehe auch rechts).

Warum man sich, wo die Wahl doch so nah und ein Regierungswechsel pro Kernener-

gie wahrscheinlich ist, nicht noch das halbe Jahr gönne und stattdessen jetzt mehrere Kohlekraftwerksblöcke in Brunsbüttel genehmigen wolle – diese Frage von Stephan Klose blieb am Dienstagabend unbeantwortet.

## Audioaufzeichnung rechtmäßig?

Für Krümmel hat das für Reaktorsicherheit verantwortliche Sozialministerium Ende Februar die Audioaufzeichnung im Kraftwerksleitstand angeordnet, auch auf Brunsbüttel und Brokdorf dürfte das Thema zukommen. Im Ministerium verspricht man sich davon, etwa bei Störfällen besser nachvollziehen zu können, was auf der Warte passiert ist. Bis nächsten Mittwoch hat Vattenfall Zeit, dazu Stellung zu nehmen – groß ist die Begeisterung darüber nicht, gab VENE-Sprecher Züfle zu verstehen. Bei Vattenfall befürchte man nämlich Auswirkungen auf die Arbeit in den Warten, eine Veränderung der Arbeits-

kultur. Wirtschaftsminister Marnette kann das nachvollziehen, habe er nämlich selbst schon mal in einem anderen Bereich erlebt, was dann passiert: „Kommunikation wird sehr schnell unterdrückt und man geht dazu über, sich Zettel zuzuschieben.“ Er persönlich sehe das Thema mit Skepsis, empfahl jedoch, jetzt nicht in eine Diskussionsschleife zu treten, die möglicherweise das Wiederanfahren der Kraftwerke weiter verzögern würde. Für Happach-Kasan stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit: „So etwas darf nur angeordnet werden, wenn es einen Sicherheitsgewinn bedeutet.“ Was zu beweisen wäre.

beh